



Sabine Hartmann-Müller
Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg

Pressemitteilung

Hartmann-Müller zur Eroberung der afghanischen Hauptstadt Kabul durch die Taliban

Die Sprecherin für Europa und Internationales der CDU-Landtagsfraktion, Sabine Hartmann-Müller, hat sich dafür ausgesprochen, möglichst viele afghanische Orts- und Hilfskräfte sowie deren Familien aus Kabul auszufliegen. Die Bundesregierung müsse alles daran setzen, neben deutschen Staatsbürgern auch jene in Sicherheit zu bringen, die jahrelang an der Seite der deutschen Truppen gestanden sind.

Waldshut-Tiengen, 18.08.2021

Sabine Hartmann-Müller, MdL
Haus der Abgeordneten
Konrad-Adenauer-Straße 12
Telefon: +49 711 2063 961
sabine.hartmann-muel-
ler.wk@cdu.landtag-bw.de

Wahlkreisbüro
Hauptstraße 18
79761 Waldshut-Tiengen
Telefon: +49 7741 835 2605
Fax: +49 7741 835 2631
sabine.hartmann-muel-
ler.wk@cdu.landtag-bw.de

„Mit dem Fall von Kabul stirbt die Hoffnung auf ein freies und welt-offenes Afghanistan, für die 59 Soldaten der Bundeswehr im Rahmen der ISAF-Mission ihr Leben gelassen haben. Nun muss unter allen Umständen verhindert werden, dass die zahlreichen Orts- und Hilfskräfte, die unseren Truppen in den vergangenen 20 Jahren bei ihrer gefährlichen Aufgabe beigestanden haben, der Grausamkeit der Taliban anheimfallen.“

Unser Land hat eine moralische Verantwortung für diese Menschen und ihre Familien, die nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden dürfen. In diesem Sinne müssen wir alles daran setzen, um neben dem diplomatischen Personal auch Ortskräfte und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen etc. über die Luftbrücke Kabul-Taschkent in Sicherheit zu bringen. Darüber hinaus müssen auch jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Land gerettet werden, die sich bislang nicht zum Flughafen durchschlagen konnten. Um die Versorgung und Unterbringung der Betroffenen zu organisieren, sollten zeitnah Bund-Länder-Gespräche aufgenommen werden. Eine herzliche Aufnahme der Betroffenen in Baden-Württemberg

ist meiner Auffassung nach auch ein Zeichen der Anerkennung ihrer besonderen Verdienste um die Sicherheit unserer Soldatinnen und Soldaten.

Die kollektive Fehleinschätzung bezüglich der raschen Auflösungserscheinungen der afghanischen Streitkräfte zeigt uns vor allem eines: Eine unmittelbare Reaktionsfähigkeit in Krisensituationen erfordert ein verlässliches Lagebild, das sich neben den Nachrichtendiensten auch auf unabhängige Expertenanalysen und die Eindrücke der Botschaften vor Ort stützen sollte. Um derartige Krisen in Zukunft vorausschauend und souverän meistern zu können, bedarf es darüber hinaus eines Nationalen Sicherheitsrats, wie ihn Armin Laschet bereits Anfang dieses Jahres vorgeschlagen hat.“